

Wieder entschlußlos?

A. W. Berlin, 10. Mai. (Drahtbericht.)

Das Verhalten der Reichsregierung zu den Arbeiten der Verfassungskommission gibt in parlamentarischen und anderen politischen Kreisen ernsthaft zu denken. Staatssekretär Helfferich hat erklärt, nur informativ zu zugehen sein zu können. Er hat aber bereits zu dem Hauptpunkt der bisherigen Entschlüssen, zu der Interpretation des Artikels 17 der Reichsverfassung über die Verantwortlichkeit des Kanzlers, erklärt, jede genauere Auslegung dieses Artikels der Verfassung bedeute eine Einschränkung, und sein Vertreter, Direktor Lewald, der den weiteren Sitzungen beiwohnte, hat seinen Auftrag dahin aufgefaßt, daß er Punkt für Punkt die Opposition der Konservativen unterstützte, eine Permanenz-Erklärung des Reichstages während des Krieges beispielsweise nur als „bei revolutionären Verhältnissen“ möglich erklärte, oder nebensächliche, sogar den rein praktischen, politisch ganz bedeutungslosen Beschluß, daß nur der Reichskanzler und seine Stellvertreter, nicht aber alle Bundesratsbevollmächtigten im Reichstag auch außerhalb der Tagesordnung das Wort nehmen können, als eine Erniedrigung der Stellung der Regierungen bezeichnete. Gerade ein Fall wie dieser letztere ist bezeichnend. Denn der Sinn dieser Festlegung eines praktisch schon bestehenden Zustandes ist lediglich der, daß nicht etwa nach Schluß der Debatte ein Bundesratsmitglied nochmals zum Thema das Wort nimmt, wie das gelegentlich aus Unkenntnis der Geschäftsordnungs-Verhältnisse des Reichstages geschehen ist, weil dann die Debatte wieder als eröffnet zu gelten hat und dadurch der oft aus politischen Gründen nötige Debatteeschluß illusorisch gemacht werden könnte.

Von Direktor Lewalds Auftreten braucht man nun wohl kaum viel Aufhebens zu machen, obwohl es die Kommission sehr verstimmt hat. Wichtig bleibt natürlich, daß der Reichskanzler als ausführendes Organ des Bundesrats zu den Beschlüssen des Reichstages erst dann Stellung nehmen kann, wenn sie endgültig sind, und der Bundesrat sich mit ihnen befaßt hat. Zwischen endgültiger Stellungnahme und gänzlicher Passivität gibt es aber noch etwas, das positive Mitarbeit heißt. Mit der nur informativ Anwesenheit eines Regierungsvertreters aber kann eine solche Mitarbeit um so weniger erklärt werden, als sie sich, wie gesagt, tatsächlich sogar als ein fortgesetzter Widerstand entpuppte. Nur in der Wahlrechtsfrage (Verhältniswahl und Neueinteilung der Wahlkreise) hat die Regierung Material zugesagt. Sonst aber sah man ihren Vertreter förmlich die Hände ringen und entsetzt ausrufen: Das ist ja schon wieder etwas Neues!, während der Ausschuss unter Ueberwindung der konservativen Obstruktion sein Programm Punkt für Punkt mit einer Entschlossenheit erledigte, die offenbar nicht nur Herrn Lewald, sondern auch anderen den Atem benahm.

Leider ist eben Herr Lewald hier nichts anderes als ein zufälliger Vertreter der Anschauungen, wie sie unter der höheren Beamtenschaft der Reichsämter und insonderheit in der Umgebung des Reichskanzlers gang und gäbe sind. Die Osterbotschaft des Kaisers ist hier anscheinend lediglich als eine Art langfristiger Anleihe auf Volksvertrauen aufgefaßt worden, auf die hin die Regierung ihren Bedarf an Vertrauen in Form von Schatzanweisungen jetzt sofort decken möchte, während dieses vom Volk einzuzahlende Vertrauen erst im Jahre 1925 — vielleicht — auszulösen wäre. Jedem Ausbau des Reichsgedankens setzt man die Rechte der Einzelstaaten entgegen, die nicht angetastet werden dürfen. Jeder Verengung der Beziehung zwischen Reichstag und Regierung wird mit dem alten Schlagwort von der Herabminderung der Rechte der Monarchie begegnet. Ja, die doch gewiß nicht welterschütternde Forderung, daß dem Reichstag, der so wie so das Recht hat, unsere militärische Verwaltung zu kontrollieren, nun auch ein Kriegsminister gegenüberstehe, dessen Verantwortlichkeit klar umgrenzt ist, daß also nicht mehr der Kriegsminister Rede und Antwort zu stehen habe für Dinge, die sich seiner Verantwortlichkeit entziehen (Militärkabinett), wird sogar benutzt zu dem ganz gefährlichen Versuch der Einschüchterung, wie wenn angesichts solcher Forderungen den Kaiser seine Botschaft reuen und er bedenklich werden könnte, ob der von ihm gewiesene Weg der rechte sei. Da müssen wir doch sagen, daß unser Vertrauen zu einem Kaiser, der als seinen klaren Willen verkündet hat, daß der Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens ins Werk gesetzt werde, tiefer geht. Der Ausbau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist unzertrennlich von dem Ausbau unserer Reichsämter, der Ausbau unseres politischen Lebens von jenem Weg, den der Reichstag jetzt beschreitet. Der Einwand aber, daß man gegenwärtig zu überlastet sei, um ans Werk zu gehen, der nach unserer Ansicht auch für den Widerstand gegen eine Reform der Reichsämter nur eine Ausflucht

bildet, trifft für die Verengung der Beziehungen zwischen Reichstag und Regierung sicher nicht zu. Was im Kriege nötig ist, dafür muß Zeit sein. Wie stünde England heute da, wenn es gesagt hätte, für eine Reform seiner Regierungsämter, die die in der Tat revolutionäre Umstellung des ganzen englischen Lebens nötig gemacht hat, sei erst nach dem Kriege Zeit! Es fragt sich also nur, ob das, was der Reichstag jetzt in Angriff nimmt, nötig ist. Hier liegt der Gegensatz der Ueberzeugungen. Die Regierung aber scheint sich über die Tiefe dieses Gegensatzes verhängnisvollen Täuschungen hinzugeben, wenn sie noch immer meint, der Reichstag möge nur machen, er werde vorläufig ja doch nur für den Papierkorb arbeiten.

Ganz seltsam mütet ein anderes Argument an. Wir bedauern lebhaft, daß das Preussische Abgeordnetenhaus die Wahlreform nicht sofort energisch in Angriff genommen hat, statt sie aus Angst vor der Notwendigkeit, sich zu entscheiden, vorläufig auf den Herbst zu vertagen. Was aber soll man denken, wenn nun gegen die entschiedenere Reformarbeit des Reichstages eingewandt wird, diese Reformarbeit werde sich wie ein Klotz der preussischen Wahlreform anhängen und in Preußen eher eine bedenkliche Stimmung erzeugen als eine reformfreundliche. Andererseits aber würde nach der preussischen Wahlreform das neue Preußen dem Reiche freiwillig hinlegen, was heute den Widerstand Preußens finde. Das „neue Preußen“? Was ist denn das? Ist nicht sein Ministerpräsident der Reichskanzler und sein König der Kaiser? Und wer ist denn das alte Preußen, das sich dem Ausbau des Reiches widersetzt? Versteckt sich hier die Regierung bereits wieder hinter jene Konservativen, von denen sie doch in einer gar nicht mehr zu überbietenden Rücksichtslosigkeit angegriffen? Hat sie sich also schon wieder einschüchtern lassen? Wer denkt da nicht auch gerade wieder an die praktische Arbeitsgemeinschaft, in der sich Konservative und Regierung gegen die Beschlüsse der Verfassungskommission zusammengesunden haben? Oder sollte in Preußen der König nicht regieren und der Ministerpräsident ohnmächtig sein gegenüber jenen seiner Kollegen, die man kurz eine „konservative Parteiregierung“ nennen darf? Das „Leipziger Tageblatt“, das bisher die Politik des Kanzlers unterstützte, erklärt jetzt offen, daß der Wind, der aus manchen preussischen Ministerien weht, sich nicht mit der Strömung vertragen, der der Kanzler sein Schiff anvertraut hat. Das Blatt schreibt: „Der Vorwurf, daß Herr v. Bethmann die Zügel am Boden schleifen lasse, heult durch alle Gassen, schritt ihm tagtäglich aus hundertlei Denkschriften und aus der nimmehar gewiß reichlich angebundenen Presse entgegen. Herr v. Bethmann sollte den Handschuh entschlossen aufnehmen, der ihm immer von neuem zugeworfen wird. Dauert dieses Trommelfeuer noch lange an, so ist der Kanzler in der Tat ein verlorener Mann.“ Das Blatt fordert daher den Kanzler auf, sich zu entscheiden und seine Regierung auf eine breitere Basis zu stellen. Wer aber den Ausbau des Reiches hinter die Reform in Preußen schiebt und die Reform in Preußen durch den schauernden Hinweis auf die „revolutionären“ Reformen im Reiche erschwert, treibt jedenfalls ein Spiel, das sich mit den klaren Worten der kaiserlichen Osterbotschaft nicht verträgt. Es fragt sich daher jetzt, ob der Kanzler von seinen Beamten regiert wird oder ob er die Führung hat. Sollte er sich nicht entschließen können, so dürfte in der Tat zutreffen, daß er dann ein verlorener Mann ist. Denn kein Kanzler kann uns aus diesen Krieg herausführen, der durch dauernde Passivität es schließlich dahin bringt, niemand mehr im Volke zu haben, der ihm zur Seite steht und ihm Sorge und Verantwortung für Deutschlands Zukunft tragen hilft.

Damit aber der Kanzler sich entscheiden kann, halten wir es für dringend wünschenswert, daß der Reichstag es ermöglicht, die von der Verfassungskommission erledigten Anträge noch vor den Sommerferien zu verabschieden.